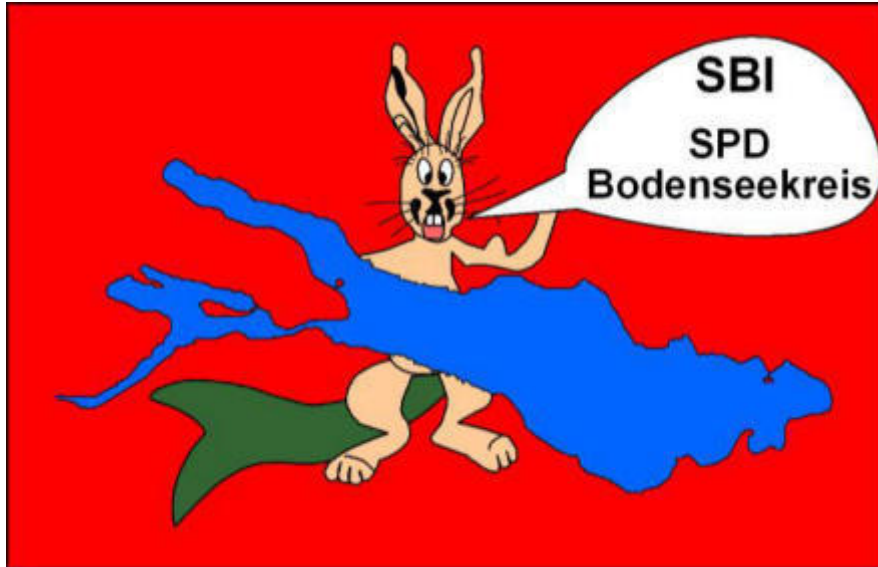


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

„Quod licet jovi, non licet bovi“ („Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Rindvieh nicht erlaubt“). An diesen Spruch fühlt man sich erinnert, wenn man die Behandlung der „Ulla Schmidt-Affäre und der „Geburtstagsfeier“ des Bankchefs Ackermann bei der Kanzlerin Merkel im Kanzleramt durch die Presse vergleicht. Gedanken zum Thema auch im Artikel „Gelten für Politiker auch moralische Maßstäbe ..?“

Ein seltsamer Wahlkampf findet zur Zeit statt: alle Parteien außer der CDU (besonders der Kanzlerin) führen Wahlkampf. Es sieht fast so aus als bestehe kein Grund zum Wahlkampf. Die Union hat anscheinend keine Lust, den Wählern zu sagen, was nach einem Wahlsieg von Schwarz-Gelb auf sie zukommt.

Gleichzeitig stehen die Versicherungen diverser Unionspolitiker im Raum, es gebe nach der Wahl Steuerermäßigungen und Steuervorteile für Betriebe.

Demgegenüber erläutert die SPD mit unserem Regierungsprogramm die notwendigen Maßnahmen der zukünftigen Regierung zur Behebung der Krise und ihrer Folgen. Angenehm ist dies für niemand. Ein

Staat muss die enormen Schulden, die die Rettungsmaßnahmen verursacht haben, wieder abbauen. Dazu muss er mehr einnehmen. An Steuersenkungen ist daher nicht zu denken.

Die Landtagswahlen im Saarland, Thüringen und Sachsen vor der Bundestagswahl und die Landtagswahl in Brandenburg können hochinteressante Ergebnisse zeitigen.

Unsere Nachbarn in Vorarlberg, die am 20.09.2009 Landtagswahl haben, kämpfen buchstäblich an der Wand um Platz 2 hinter der ÖVP.

Unsere Nachbarn in der Schweiz haben übrigens am 27.09.2009 auch Abstimmungen. Das sind jedoch keine Parlamentswahlen.

Übrigens: wir haben noch einen richtigen Sommer und teilweise auch noch Ferien.

**es grüßt Sie
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

- Potenzial für über eine Million neue Arbeitsplätze - Merkel ist die Spitzenkandidatin von schwarz-gelb - Gelten für Politiker moralische Maßstäbe über das Gesetz hinaus? S. 2-4
Bündnis fordert ein Moratorium für Hartz-IV-Sanktionen! - Gudrun Pausewang liest am Antikriegstag - Kreisverband Bodensee – MdL Norbert Zeller – Bundestagskandidat Jochen Jehle: Mittelstand nicht im Stich lassen - SPD-Kandidat Jehle informiert sich „laufend“ Bürgermeinung in Markdorf - S. 4-6
- **SBI: SBI verleiht Prix Wasserfrau an das Kirchenfrauenkabarett - SPÖ Vorarlberg:**
- „Wir sind Vorarlbergs soziale Kraft“ - Fast alle Bereiche von der Krise betroffen – Prävention statt Gewalt in Erziehungs-Camps - Mittelalterpädagogik à la BZÖ - SP Schweiz - SG 371 LehrgängerInnen stehen auf der Strasse - Schluss mit den Steuervorteilen für ausländische MillionärInnen - Fragwürdiger SVA Direktor S. 7-12
- **Kreis BC- Martin Gerster:** Auch Jugendliche unter 18 können ihre Stimme abgeben - Gerster und Schmiedel beim Altstadtfest - Gerster übergibt Bücher an Stadtbücherei – Gerster wirbt für USA-Stipendium - SPD plant Aufstockung der Mittel im Kampf gegen die extreme Rechte S. 12-14
- „Die Banken in und nach der Krise“ - Gerster kommt auf die Marktplätze - SPD-Infostand in Uttenweiler – Rückmeldung - Kreisverband Ravensburg: SPD-Bundestagskandidatin Anne Jenter beim Ravensburger Frauenbündnis - Franz Müntefering in Ravensburg – **KV Ulm:** Demokratie duldet keine Denkfaulheit - Donau - Naturraum und Straße Europas –Termine S.14-17
- **Einladungen:** Preisverleihung Prix Wasserfrau - Herbsttagung der SBI S. 18-19



Potenzial für über eine Million neue Arbeitsplätze

Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel legen Konzept für moderne ökologische Industriepolitik vor.

Die gezielte Förderung von „GreenTech“ bietet gewaltige Chancen für Arbeit und Umwelt. Ein gemeinsames Positionspapier von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel umreißt jetzt eine ökologische Wachstumsstrategie für Deutschland. Die Chance: Über eine Million neuer Arbeitsplätze mit Zukunft. In einem Zehn-Punkte-Plan beschreiben Steinmeier und Gabriel das Ziel einer modernen und ökologischen Industriepolitik. Am 22. Juni stellten sie das Positionspapier „Das neue Jahrzehnt – eine Chance für Arbeit und Umwelt“ vor. Grundlage der Überlegungen ist die Erkenntnis, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht bloß ein Betriebsunfall ist – sie bedeutet eine Zeitenwende. Darum sei auch ein Weitermachen wie bisher weder ökonomisch, noch finanzpolitisch, noch sozial verantwortbar. Für nachhaltigen Fortschritt in Deutschland schlagen sie daher einen „sozial-ökologischen New Deal“ vor – zukunftsfähige Beschäftigung zu fairen Löhnen. Denn künftig sind Energie und Ressourceneffizienz die entscheidenden Wettbewerbsfaktoren moderner Ökonomie. Setzt die Politik jetzt die richtigen Rahmenbedingungen, kann dies der deutschen Wirtschaft einen dauerhaften binnenwirtschaftlichen Impuls ge-

ben und mehr als eine Million Arbeitsplätze ermöglichen.

Energie sparen ist Wettbewerbsvorteil

Die Thesen dieses Papiers wurden am 22. Juni auch auf der vierten Innovationskonferenz des Bundesumweltministeriums diskutiert. Dort verwies der SPD-Kanzlerkandidat auf den engen Zusammenhang von ökologischer Modernisierung und der Schaffung von Arbeitsplätzen: „Die Einsparung von Energie und Rohstoffen ist nicht nur eine ökologische Überlebensfrage, sondern zunehmend strategischer Faktor guter Unternehmensführung“, erklärte der Vizekanzler. Schon heute machen die Kosten für Energie und Rohstoffe vierzig Prozent der Gesamtkosten in der Industrieproduktion aus und sind damit „der wichtigste Kostenfaktor“ – noch vor den Personalkosten, so Steinmeier. Geld, das hier eingespart wird, wird reinvestiert und fließt so direkt in neue Arbeitsplätze. Dieser Zusammenhang zwischen Arbeit und Umwelt werde angesichts erwartbar steigender Energiepreise weiter wachsen, unterstrich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Die Jobs der Zukunft

Je mehr die Energieersparnis zum Wettbewerbsvorteil wird, desto stärker wird die Umweltwirtschaft, die neue energiesparende Technologien, Verfahren und Materialien herstellt, zur Schlüsselindustrie. Für Deutschland, aber auch global. „Weltweit trotz mehr Industrie, trotz mehr Verkehr, trotz mehr Wachstum weniger schädlich für die Umwelt zu leben, das ist die Herausforderung“, formulierte Steinmeier. Daher haben die Effizienz- und Umwelttechnologien „ein ungeheures Potenzial. Sie werden Wachstumstreiber des nächsten Jahrzehnts sein.“ Der SPD-Kanzlerkandidat rechnet mit einer Verdopplung ihres Anteils am

Weltmarktvolumen bis zum Jahr 2020. „Da liegen die Jobs der Zukunft und da müssen die entscheidenden Investitionen der Zukunft stattfinden“, so Steinmeier.

SPD Nachrichten für Redakteure

Merkel ist die Spitzenkandidatin von schwarz-gelb

Die Berichterstattung über den anlaufenden Wahlkampf treibt zuweilen seltsame Blüten und einige Debatten offenbaren ein Demokratieverständnis, das ziemlich verhuscht ist. Eine beliebte journalistische Nachfrage ist die folgende: Darf man Frau Merkel kritisieren oder ist es klug, das zu tun? Sie habe ja so hohe Beliebtheitswerte. Meine Antwort darauf ist: Klar, wir sind ja nicht bei Hofe.

Demokratie ist ein hohes Gut, der Wahlkampf ein Privileg der Freiheit. Demokratie braucht Auswahl und Auswahl braucht den Unterschied. Nun bemühen sich Frau Merkel und die Union hinter einer Firewall der Unverbindlichkeiten politisch unsichtbar zu sein. In den letzten Tagen ging das bis in die Selbstverleugnung bei den Konservativen. Das Papier aus dem Guttenberg-Ministerium entspricht in weiten Passagen dem CDU-Grundsatzprogramm und insofern sind die Dementis der Unionsspitzen, die Vorschläge in dem Papier hätten keinerlei Relevanz, einfach lächerlich.

Dazu kommt: Frau Merkel ist die erklärte Spitzenkandidatin von schwarz-gelb. Sie will diese politische Konstellation und sie will sie deshalb, weil sie eben nicht "sozialdemokratisiert" ist. Sie will schwarz-gelb, um die Politik der Leipziger Beschlüsse endlich umsetzen zu können. Sie meint wahrscheinlich, dass sie lange genug darauf warten musste. Da die Union 2005 erfahren hat, dass es für diese schwarz-gelbe Politik aber keine Mehrheit bei den Bürgerinnen und Bürgern gibt, hat sie sich vorgenommen, ein Mandat ohne eine klare politische Legitimation zu bekommen.

Demokratie braucht Meinung, Offenheit und den Streit um Argumente und Ideen.

20.08.2009

**Kajo Wasserhövel
SPD-Wahlkampfmanager**

Gelten für Politiker moralische Maßstäbe, die über das Gesetz hinausgehen?

Am Beispiel Ulla Schmidt greift Gustav Seibt in der Süddeutschen Zeitung vom 22. August 2009 die gängige Praxis an, zwischen Handeln nach dem Gesetz und einer über dem Gesetz schwebenden Moral zu unterscheiden. Ulla Schmidts "*maximale Unge-*

schicklichkeit – schlimmer als ein Verbrechen, eben ein Fehler – hat ihr die Hüter öffentlicher Moral von Bild bis Plasberg auf die Fersen geheftet.“ Da sie, "wie es jetzt heißt, Bodenhaftung und Fingerspitzengefühl vermissen lasse und Dinge tue, "die man den Leuten nicht erklären kann".

Warum eigentlich nicht? Warum ist es so schwer zu erklären, dass es Regularien für den Gebrauch von Dienstwagen gibt, die eine abzurechnende private Nutzung erlauben? ... Die Gedankenfigur vom fehlenden "Fingerspitzengefühl", das sich jenseits solcher legalen Festlegungen bewähren muss, führt, wenn man ihre Konsequenzen bedenkt" nämlich zu der Forderung "Legalität genügt nicht, vom Politiker darf immer noch mehr erwartet werden, nämlich eine höhere Moralität." Dadurch wird "eine unabschließbare Kette von moralischen Forderungen eröffnet, die sich nie einholen lassen (kann). ... Legalität ist begrenzt und halbwegs nachprüfbar; Moralität aber ist potentiell unendlich, sie lässt sich immer noch übertreffen." Und so, stellt Seibt fest, würden "hart, aber fair die niedrigen Instinkte von Ahnungslosen bedient werden". Er warnt vor der zerstörerischen Tendenz für die Demokratie durch die "Aufspaltung in eine Legalität, die nicht reicht, und eine nie einzuholende Moralität." So würden nicht mehr "die Kontrollinstanzen des Parlaments oder auch die Rechnungshöfe entscheiden, wer ministrabel ist, sondern eine selbst unbelangbare Gruppe von Meinungsmachern."

Seibt stellt fest, dass es "*in Deutschland leichter (ist), ein öffentliches Amt wegen überzogenen Dienstwagengebrauchs oder falsch verbuchten Flugmeilen zu verlieren als für Parteispendenaffären*". Dies illustriert auch der kürzliche Besuch von Angela Merkel bei Helmut Kohl, ihrem Vorgänger im Kanzleramt und Parteivorsitz. Über diesen Besuch wurde in den von mir gelesenen Presseorganen sachlich berichtet und die Vermutung geäußert, die Kanzlerin habe Kohl besucht, um ihren konservativen Parteifreunden und Wählern zu signalisieren, zwischen ihr und ihm herrsche Friede, Freude, Eierkuchen, Wahlkampf eben. Kohl hat immerhin 1,5 bis zwei Mio. DM illegale Parteispenden kassiert und die Namen der Geldgeber wegen eines Ehrenworts – ein Ehrenwort unter Gesetzesbrechern – nicht genannt. Wo blieb da der Aufschrei der "*Hüter öffentlicher Moral von Bild bis Plasberg*"?

Italien, meint Seibt, sei da fortgeschrittener als Deutschland: haben "*Nicht Interessenverflechtungen und Rechtsbeugungen dem italienischen Ministerpräsidenten letzthin negative Kommentare eingetragen, sondern Fotos von leicht bekleideten Mädchen. Damit aber kann er, wie sich zeigt, bestens leben.*"

Er schließt seinen Artikel: "Das geläufige moralische Mobbing ist so töricht, weil es diese in jeder modernen Gesellschaft unvermeidliche und am Ende heilsame Autonomie der politischen Sphäre verleugnet. Mit Politikverachtung aber lässt sich eine Demokratie auf Dauer nicht bewahren. Soweit wir bisher wissen, bestand der Fehler von Ulla Schmidt nicht in inkorrektem Dienstwagengebrauch, sondern in ihrer mangelnden Bereitschaft, sich den öffentlichen Reflexen anzupassen."

Dietram Hoffmann

BÜNDNIS FÜR EIN SANKTIONSMORATORIUM
DEN SANKTIONSPARAGRAPHEN AUSSETZEN!

Bündnis fordert ein Moratorium für Hartz-IV- Sanktionen!

Am heutigen Donnerstag hat ein Bündnis aus Politik, Wissenschaft und Erwerbsloseninitiativen einen Aufruf zur Aussetzung der Hartz-IV-Sanktionen vorgestellt, der von über hundert namhaften Personen und Organisationen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen unterzeichnet wurde.

Der Aufruf wurde verfasst von **Tacheles e.V.** (Wuppertal), **Prof. Dr. jur. Helga Spindler** (Universität Duisburg-Essen), **Prof. Dr. Franz Segbers** (Universität Marburg), **Prof. Dr. Claus Offe** (Hertie School of Governance), **Prof. Dr. Stephan Lessenich** (Friedrich-Schiller-Universität Jena), **Markus Kurth MdB** (Bündnis 90/Die Grünen), **Katja Kipping MdB** (DIE LINKE), **Jürgen Habich** (Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen – Gegen Einkommensarmut und Ausgrenzung e.V.), **Franziska Drohsel** (Bundesvorsitzende der Jusos), **Prof. Dr. Klaus Dörre** (Friedrich-Schiller-Universität Jena) und der **AG Sanktionen** der Berliner Kampagne gegen Hartz IV.

Im Jahr 2008 waren 789.000 Erwerbslose von Sanktionen betroffen, mit denen ihr Existenzminimum gekürzt oder sogar gestrichen wurde. In vielen Fällen war dies willkürlich und rechtswidrig. Die Initiator/innen des Aufrufes halten angesichts der hohen Zahl erfolgreicher Widersprüche (41,5 %) und Klagen (65,3 %) und der katastrophalen Personalsituation in den Jobcentern wie auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise einen sofortigen Stopp der gegenwärtigen Sanktionspraxis und ein Überdenken der Sanktionsregelungen für dringend notwendig.

Der Zustand, dass Tausenden das zum Leben Notwendigste gestrichen wird, ist nicht hinnehmbar. Das hat die Beteiligten im Bündnis zusammengeführt – allen politischen Unterschieden zum Trotz. Beim Thema Sanktionen reichen die Haltungen der Bündnismitglieder von der Vorstellung, dass Geldkürzun-

gen zur Verhaltenslenkung bei Erwerbslosen in gewissem Maße legitim seien, keineswegs jedoch im gegenwärtigen Umfang, bis zur Forderung nach einer generellen Abschaffung von Sanktionen, nicht zuletzt aus grundrechtlichen Erwägungen. Was die Bündnismitglieder eint, ist die Überzeugung, dass angesichts der gegenwärtigen Zustände in den JobCentern der Vollzug von Sanktionen sofort gestoppt werden muss.

Anlässlich der Pressekonferenz erläuterten einige Bündnismitglieder, warum sie für ein Sanktionsmoratorium eintreten. **Markus Kurth** sagte: „Die Sanktionen im SGB II sind derzeit nicht zielführend, sondern werden von den Betroffenen als Schikane erlebt. Deshalb müssen sie jetzt ausgesetzt werden. Verwerflich sind nicht Fehler, sondern das Festhalten an einem offensichtlichen Fehler der Hartz-IV-Gesetzgebung.“ **Katja Kipping** führte aus: „Ein sofortiges Sanktionsmoratorium sehe ich als einen ersten Schritt in die richtige Richtung an – nämlich in die Richtung einer grundrechtskonformen Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme. Ich setze mich für die sofortige Abschaffung des Sanktionsparagrafen 31 ein.“ **Franziska Drohsel** erläuterte: „Arbeitslosigkeit hat vielfältige Ursachen und kann nicht durch Druck und Repression beseitigt werden. Sanktionen sind kein akzeptables Mittel. Sie verschlimmern lediglich die Situation für die Betroffenen.“ Frank Jäger vom Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. berichtete aus der Beratungspraxis: „Sanktionen brechen über Erwerbslose

www.sanktionsmoratorium.de
Berlin, 13. August 2009

Für Rückfragen:

Claudia Daseking 030-78 89 19 92, mobil: 0172-3 81 81 53
Angelika Wernick 030 – 218 52 83
V.i.S.d.P.: **Claudia Daseking, Grunewaldstr. 91, 10823 Berlin**

Gudrun Pausewang liest am Antikriegstag

Genau vor 70 Jahren begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg, mit dem Tod, Zerstörung und Vernichtung in viele Länder Europas und der Welt getragen wurde. Dahinter stand eine menschenverachtende Ideologie, die auch heute noch ihre Gefolgsleute findet.

Gewerkschaften begehen heute den 1. September als Antikriegstag, um sich mit der Vergangenheit und mit den Lehren für die Zukunft auseinander zu setzen.

Wir freuen uns sehr, dass wir die bekannte Jugendbuchautorin Gudrun Pausewang („Die Wolke“) gewinnen konnten, um unser Anliegen der Erinnerung und Aufklärung zu unterstützen.

Gudrun Pausewang wurde 1928 in Ostböhmen geboren. Nach der Flucht machte sie eine Ausbildung

zur Lehrerin, war im Auslandsschuldienst tätig und wurde eine der bekanntesten Jugendbuchautorinnen im deutschsprachigen Raum – eine, die für das Aussprechen unbequemer Wahrheiten vielfach anerkannt und ausgezeichnet wurde. Sie lebt heute in Hessen. Ihre Bücher (Auswahl): Die letzten Kinder von Schewenborn, Die Wolke, Der Streik der Dienstmädchen, Die Not der Familie Caldera, Adi – Die Jugend eines Diktators, Aufmüpfige Geschichten, und viele andere...

Guten Tag, lieber Feind!

Gudrun Pausewang liest zum

Antikriegstag

Dienstag, den 1. September

2009, 19 Uhr

Kornhaussaal (Stadtbücherei)

Marienplatz 12,

Ravensburg

Eintritt: 3 Euro,

für Inhaber der Ravensburger Familienkarte und für Erwerbslose ist der Eintritt frei!

VeranstalterInnen: DGB- Region Bodensee-Oberschwaben, DGB-Jugend, Schülerrat Ravensburg und Stadtbücherei Ravensburg

Evi Binder, DGB

**SPD - Kreisverband
Bodenseekreis**



MdL Norbert Zeller



Jehle:

**Mittelstand nicht im Stich
lassen**

Für den Ausbau von Ganztagschulen sind für Baden-Württemberg nach Presseberichten immer noch 45 Mio. Euro Fördermittel nicht abgerufen. Diese Mittel hat Rot-Grün 2003 im Rahmen der Agenda 2010 zur Verfügung gestellt. Drei Viertel der Eltern wollten Ganztagschulen für Ihre Kinder haben, Baden-Württemberg biete aber nur für 18 % aller Kinder die Möglichkeit, eine Ganztagschule zu besuchen und sei damit lediglich auf Platz 11 aller Bundesländer. Auch die Wirtschaft erwarte einen verstärkten Ausbau der Schulen zum Ganztagesbetrieb, weil damit Beruf und Familie besser vereinbar seien.

Die Landesregierung vernachlässige mit ihrer Bremserie bei Ganztagschulen die Wünsche von Wirtschaft und Familien, so Jehle. Damit lasse die CDU den Mittelstand im Ländle im Stich. Nur mit der SPD und ihm als Abgeordneten sei der zügige flächendeckende Ausbau zu Ganztagschulen in der Bodenseeregion erreichbar, ist Jehle sicher.

Jochen Jehle, SPD Bundestagskandidat

**SPD-Kandidat Jehle informiert
sich „laufend“**

Zeltlager – B 31 – MTU-Ufer

Am heißesten Tag des Jahres war der SPD-Bundestagskandidat Jochen Jehle in seinem Wahlkreis Bodensee in Friedrichshafen unterwegs.



von links nach rechts): Stadtrat Stauber, Zeltlagerleiter Bassani, MdL Zeller, zwei Teilnehmerinnen am Zeltlager, Bundestagskandidat Jehle, SPD-Mitglieder Priebe und Memeth Özgür

Entlang der Laufroute vom Schloss Friedrichshafen bis zum Stärr-Schorsch in Fischbach legte Jehle - begleitet von MdL Norbert Zeller, SPD-Gemeinderat Dieter Stauber und Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Friedrichshafen mehrere Stopps ein, um sich über Einrichtungen entlang der „Uferroute“ zu informieren.

Beim Zeltlager Seemoos berichtete der Leiter, Stefan Bassani über die derzeit laufenden Sommerfreizeiten in den Zeltlagern der Diözese Rottenburg-Stuttgart, insbesondere über die Zeltlager Seemoos und Benistobel.

Aus eigener Anschauung heraus konnten sich die Teilnehmer davon überzeugen, dass zahlreiche Fahrradfahrer den schmalen Fußweg nutzten, wobei es immer wieder zu Beinahe-Zusammenstößen mit Kindern kam, die dort Richtung See oder vom See kommend den Fußweg queren müssen.

Auch private Anlieger am Königsweg monierten gegenüber der SPD-Gruppe, dass es weder technische Vorkehrungen, noch Warnhinweise oder Kontrollen seitens der Stadt gäbe, um Fahrradfahrer von diesem gefährlichen Tun abzuhalten.

Weitere Themen waren die B 31 und der fehlende Uferweg beim MTU-Werk in Manzell.

Für Jochen Jehle ist klar, dass bei der B 31 Umgehung FN-West aufgrund der Dringlichkeit umgehende mit den Bauvorplanungen begonnen werden muss, unabhängig davon, ob der Bund nun Mittel hierfür sofort, oder erst später zur Verfügung stellt. Die Stadt ist schließlich auch mit dem Kauf von Grundstücken erheblich in Vorleistung gegangen.

Zur Verweigerungshaltung der MTU in Sachen Uferweg meinte Jehle: „Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Friedrichshafen das Industrieunternehmen beim geplanten Materialwirtschaftszentrum stark unterstützt und in der Vergangenheit bei der Genehmigung von baulichen Erweiterungen am Manzeller-Werk, immer wieder Entgegenkommen beim Thema „Uferweg“ signalisiert wurde, verstehe ich nicht, warum den Menschen in Friedrichshafen dieses Stück Ufer vorenthalten wird.“

Mit einem Bad im See und kühlen Getränken beim Stärk-Schorsch in Fischbach endete der informative Lauf der Sozialdemokraten.

Dieter Stauber

Bürgermeinung in Markdorf

- [Wahlkampf](#)

In der Fußgängerzone in Markdorf stand Jochen Jehle den Wochemarktbesuchern wieder Rede und Antwort zum SPD-Programm.

Aus dem 8-Ziele-Katalog der SPD für die Bundestagswahl konnten die Bürger wieder die drei wichtigsten auswählen.

Im Folgenden finden Sie die Ergebnisse:

Gute Löhne für gute Arbeit – und zwar für alle! (14)

Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen. Und eine Arbeitsversicherung, die schon im Job hilft, Arbeitslosigkeit zu vermeiden – zum Beispiel durch Weiterbildung.

Erstklassige Bildung ohne Gebühren! (34)

Alle haben das Recht auf Bildung ohne Gebühren – von der Kita bis zur Uni. Das sichert Lebenschancen



Jochen Jehle, Gemeinderat Uwe Achilles (v. l.) und Altkreisrat Hans Zeller im Gespräch

Klimaschutz mit sicherer Energie statt gefährlicher Atomkraft! (34)

Schon heute arbeiten viele Menschen im Bereich der Neuen Energien.

Das fördern wir weiter. Für Arbeit und Umwelt!

Unterstützung für unsere Familien! (28)

Ob Eltern, Kinder oder Senioren – wir werden Familien über alle Generationen unterstützen.

Vom Kitaplatz bis zum würdevollen Leben im Alter.

Echte Gleichstellung für Frauen! (16)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und mehr Chancen zum Aufstieg in Führungspositionen – dafür kämpfen wir.

Ein tolerantes Land für alle – Vielfalt statt Einfall! (10)

Gemeinsamkeit macht Deutschland stark – nicht das Gegeneinander.

Eine menschliche Gesellschaft statt ungezügelm Kapitalismus! (7)

Mit klaren Regeln für die Finanzwirtschaft und Investitionen statt Spekulationen.

Fortschritt durch Arbeit, Bildung, Nachhaltigkeit: (15)

Frank-Walter Steinmeier will mehr für die Menschen in Deutschland.

www.jochen-jehle.de

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



SBI verleiht Prix Wasserfrau an das Kirchenfrauenkabarett Vorarlberg

Zum achten Mal verleihen die Sozialdemokraten rings um den Bodensee den „Prix Wasserfrau“ an ein beispielhaftes Projekt zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft. In diesem Jahr würdigt die Sozialistische Bodensee-Internationale (SBI), das seit 1902 bestehende Bündnis der Sozialdemokratischen Parteien im Dreiländereck am Bodensee die Arbeit des Kirchenfrauen-Kabarett Vorarlberg. Die Preisverleihung geht am Donnerstag, 10. September, 18 Uhr, in Bregenz (im Hotel Mercure) über die Bühne. Die Laudatio trägt Elisabeth Stöckler vor, die für ihre Verdienste an der Gründung des Frauenmuseums in Hittisau im Bregenzer Wald vor vier Jahren selbst den Prix Wasserfrau entgegennehmen durfte.

Das Kirchenfrauen-Kabarett Vorarlberg mit seinem Ensemble aus sechs Frauen, die alle beruflich oder ehrenamtlich in der Kirche tätig sind, begann im Jahr 1993 mit einem ersten Bühnenprogramm. Auf unterhaltsame Weise regt das charmante Sextett zum Nachdenken über den Umgang der Kirchenoberen in Geschichte und Gegenwart mit dem weiblichen Geschlecht an. Die „Kirchenfrauen“ präsentieren während der Preisverleihung einen kurzweiligen Auszug aus dem aktuellen Programm.

Die Sozialistische Bodensee-Internationale hat seit dem Jahr 2001 alljährlich an ausgewählte Privatinitiativen und Projekte in Vorarlberg, in der Ostschweiz und in der deutschen Uferregion den „Prix Wasserfrau“ verliehen. Er besteht aus einer Bronzestatue, gefertigt von der St. Gallener Bildhauerin Irene Thoma, und einer Fördersumme in Höhe von tausend Euro. Weitere Informationen können den Internetseiten der Bodensee-Internationale

www.bodensee-internationale.org

entnommen werden.

W. Bernhard



SPÖ stellt Wahlkampfteam und Inhalte vor

Michael Ritsch:

„Wir sind Vorarlbergs soziale Kraft“

„Die SPÖ hat ein starkes und kompetentes Wahlkampfteam zusammengestellt, auf das wir stolz sind“, ist SPÖ-Clubchef Ritsch sichtlich erfreut über die aufgestellten Kandidaten. Wenige Wochen vor der Landtagswahl 2009 stellt der SPÖ-Spitzenkandidat und Landesparteichef Michael Ritsch das gesamte Team und die wichtigsten Inhalte des diesjährigen Wahlkampfes vor:

Auf den jeweils zweiten Plätzen kandidieren Bundesrat Reinhold Einwallner für Bregenz, LAbg. Werner Posch für Dornbirn, LAbg. Mirjam Jäger für Feldkirch und LAbg. Leopold Berthold für Bludenz. Als Drittplatzierte folgen Barbara Draxler für Bregenz, Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger für Dornbirn, Franz Lutz für Feldkirch und LAbg. Olga Pircher für Bludenz.

Als besonderen Hoffnungsträger bezeichnet Ritsch den speziell für den Bregenzerwald aufgestellten SPÖ-Kandidaten Martin Meusburger. Als Gründer der Band „Alpenstarkstrom“ soll dieser einen neuen Ton in das politische Gefüge im Bregenzerwald bringen.

Der Vorsitzende und Sekretär der Sozialistischen Jugend, Lukas Riepler, möchte ebenfalls frischen Wind in die Vorarlberger Polit-Landschaft bringen.

Und als SPÖ-Kandidatin für die MigrantInnen im

Land kämpft Hatice Kececi für die Anliegen der SPÖ.

Besonders bedeutend ist für Ritsch auch die Kandidatur von AK-Vizepräsidentin Manuela Auer auf Platz 16 der Landesliste.

Hauptthemen für den Wahlkampf

Kostenlose Nachhilfe

Bekanntlich sind qualifizierte Nachhilfestunden nicht billig. In Vorarlberg muss eine Familie dafür durchschnittlich 350 Euro pro Jahr aus dem Familienbudget abzwacken, was eine Gesamtsumme von etwa 2,5 Millionen Euro ausmacht und somit eine enorme Belastung bedeutet. Die SPÖ Vorarlberg fordert deshalb eine sofortige Entlastung der Vorarlberger Familien durch das Land.

Aufgrund der Initiative der SPÖ hat sich mittlerweile auch die Landesregierung bereit erklärt, einen Teil der Nachhilfekosten entsprechend zu ersetzen. Ritsch hofft nur, dass dies keine Einmalaktion vor der herannahenden Landtagswahl ist und schlussendlich in einem brauchbaren Konzept für die kostenlose Nachhilfe – auch während der schulfreien Zeit im Sommer – an den Schulen mündet.

Gratis-Kinderbetreuung für Kinder von 0 – 6 Jahren

Zweites großes Thema im Wahlkampf ist die kostenlose Kinderbetreuung in Vorarlberg. Frauen- und Familiensprecherin Olga Pircher und Jugendsprecherin Mirjam Jäger fordern bereits seit Jahren, dass die Kinderbetreuung von null bis sechs Jahren für die Eltern endlich kostenfrei werden soll.

In Götzis wurde vor einigen Wochen beschlossen, dass im Regelkindergarten die Betreuung aller Fünfjährigen künftig kostenfrei sein wird. „Nachdem die Gemeinde Götzis unter großem Engagement von LAbg. Mirjam Jäger auf diesem Gebiet nun die Vorreiterfunktion übernommen und damit bewiesen hat, dass unser Anliegen durchaus in die Realität umgesetzt werden kann, kämpfen wir weiter für einen flächendeckenden Ausbau der kostenlosen Kinderbetreuung bis zum Schuleintritt“, erklärt Ritsch.

Die Unterstützung der Vorarlberger Familien und vor allem der Frauen ist ein großes Anliegen der SPÖ, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur eine leere Phrase bleibt. Dazu gehören unter anderem auch die Erweiterung der Kinderbetreuung und der Ausbau der Öffnungszeiten während der Ferienzeiten. Denn Vorarlberg hinkt hier mit durchschnittlich 34,3 Schließtagen im Sommer dem Österreichdurchschnitt von 19,7 Tagen noch immer hinterher.

Vorarlberg-Fonds

Viele in unserem Land sind von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen. Wenn Überstunden wegfallen, Kurzarbeit angesagt ist oder sogar der Arbeitsplatz verloren geht, dann wird es für viele Familien finanziell gesehen „eng“. Denn auch wenn monatlich weniger auf das eigene Gehaltskonto überwiesen wird, die Fixausgaben reduzieren sich deswegen nicht.

Dramatisch kann dies für Familien werden, die sich – im Vertrauen auf den eigenen Arbeitgeber – ein bescheidenes Eigentum angeschafft haben. Sei es, dass ein kleines Eigenheim gebaut, eine Wohnung gekauft oder ein Kredit für die Einrichtung der Wohnung aufgenommen wurde. Wer seine Kreditschuld nicht mehr bedienen kann, bei dem fackeln die Banken nicht lange. Je nachdem, um welche Bank es sich handelt, gibt es die Möglichkeit der so genannten Stundung eines Kredites. Das heißt, die Rückzahlung der Kreditraten wird einige Zeit – das ist von Bank zu Bank unterschiedlich – ausgesetzt. Aber auch wenn ein Kredit gestundet wird: die Zinsen für die Kreditschuld laufen weiter. Im besten Fall – wenn beispielsweise nach einem Jahr die Zahlungen der monatlichen Raten wieder aufgenommen werden können – haben sich auf dem Kreditkonto allein aus der Stundung nicht selten tausende Euro an Zinsen angehäuft. Im schlechtesten Fall steht am Ende das fremdfinanzierte Eigentum vor der Versteigerung und die Familie womöglich auf der Straße.

Der „Vorarlberg-Fonds“ bietet echte Hilfe

Damit es gar nicht erst so weit kommt, hat die SPÖ einen Vorschlag eingebracht. Mit einer Überbrückung, dem so genannten „Vorarlberg-Fonds“, soll den Kreditnehmern geholfen werden. Die Idee: Die anfallenden Zinsen bei der Stundung eines Kredites werden über diesen „Vorarlberg-Fonds“ abgedeckt. Die Kreditnehmer müssen also nicht fürchten, nach dem Ablauf der Kreditstundung auf einem zusätzlichen Schuldenberg durch die Kreditstundung zu sitzen. Den Banken wird die Gewährung der Stundung erleichtert, weil sie jedenfalls für die Dauer der Aussetzung der Zahlung wenigstens die anfallenden Zinsen garantiert erhalten.

Ziele

Auf Nachfrage benennt Ritsch die Ziele der SPÖ für den 20. September. „Wir werden 80.000 Haushalte besuchen und so mit den Menschen ins Gespräch kommen. Und am 20. September werden wir wissen, was dieser Einsatz gebracht hat. Unser Ziel ist klar, wir wollen Platz 2 behalten. Und in Zukunft wollen wir auch mitgestalten. Aber sicher nicht um jeden Preis“, schließt Ritsch.

**Bregenz, 06.08.2009
In SPÖ-Express**

**LAbg. Michael Ritsch
Clubobmann**

Fast alle Bereiche von der Krise betroffen

Ritsch zieht Experten zu Beratungen hinzu

In Vorarlberg gibt es wohl kaum jemanden, an dem die Folgen der Wirtschaftskrise spurlos vorbeigehen. Die einen sind mehr, die anderen weniger hart davon betroffen. Die Arbeitslosenzahlen erreichen unerwartet hohe Dimensionen, Begriffe wie Kurzarbeit oder Sozialhilfe stehen beinahe täglich an der Tagesordnung.

Händeringend wird von den Wirtschaftstreibenden und dem Arbeitsmarkt nach Gegenmaßnahmen gesucht. Aber auch die Politik ist nach wie vor stark gefordert. Aus diesem Grund hat die SPÖ unter Landesvorsitzendem Michael Ritsch ein Team einberufen, mit dem die Ist-Situation im Land eruiert werden soll, und welches auch eine beratende Funktion innehaben wird. Mit dabei sind unter anderem Arbeiterkammer-Vizepräsidentin Manuela Auer und der Obmann des Vbg. Pensionistenverbandes, Erich De Gaspari.

Entlastung der Familien

Der SPÖ Vorarlberg liegt vor allem das Wohlergehen der Familien im Land am Herzen. Deshalb kämpft die SPÖ weiter für eine gratis Kinderbetreuung für Kinder von 0 bis 6 Jahren und engagiert sich auch stark im Bereich der kostenlosen Nachhilfe an den Schulen.

Vorarlberg-Fonds

Von der Krise betroffen sind aber auch zahlreiche Kreditnehmer im Land, die ihre Darlehen für den Haus- oder Wohnungskauf oder die Kredite für die Wohnungseinrichtung aufgrund der geänderten wirtschaftlichen Situation plötzlich nicht mehr finanzieren können. Die SPÖ lässt diese Menschen nicht im Regen stehen. Deshalb fordert die SPÖ die Einrichtung des so genannten Vorarlberg-Fonds, welcher in Not geratenen Vorarlberger Kreditnehmern helfen soll. Der Vorarlberg-Fonds dient dabei zur finanziellen Überbrückung, indem die Zinsen ihrer Darlehen und Kredite kurzweilig vom Land übernommen werden. Denn in Anbetracht dessen, dass die Vorarlberger Hypo Landesbank beispielsweise sogar in diesem Jahr Gewinne in Millionenhöhe verzeichnet, kann dabei das fehlende Geld für die Landesregierung kaum mehr als Argument zählen.

Parteien durchleuchten

Für Michael Ritsch ist das soziale Engagement für die Menschen in Vorarlberg auch während des Wahlkampfes nach wie vor von großer Bedeutung. Er lädt deshalb alle Wahlberechtigten im Land ein, sich selbst ein Bild zu machen und die gelisteten Parteien dahingehend zu durchleuchten, wie groß deren Ein-

satz zur Bekämpfung der Krise in Vorarlberg ist. Die SPÖ jedenfalls bleibt am Ball und kämpft weiter für die im Land von der Krise besonders hart Betroffenen.

20.08.2009

Michael Ritsch im SPÖ-Express

Jugendkriminalität:

Prävention statt Gewalt in Erziehungs-Camps



LAbg. Mirjam Jäger

SPÖ fordert mehr soziale und psychologische Hilfestellung

„Gewalt ist nie eine Lösung!“, zeigt sich SPÖ-Jugendsprecherin LAbg. Mirjam Jäger entsetzt über die Forderung von BZÖ-Spitzenkandidat Wolfgang Maurer, der straffällig gewordene Jugendliche in Erziehungs-Camps stecken will. Anstatt zu versuchen diese jungen Leute durch harten Drill wieder „zurechtzurücken“, müsse vermehrt auf Prävention gesetzt werden, fordert Jäger. „Die Einweisung von Jugendlichen in solche Camps löst ihre Probleme nicht. Statt in Camps sollte mehr in soziale Einrichtungen und in psychologische Beratung z.B. an Schulen investiert werden.“

Man wisse sehr wohl, dass die Anzeigen gegen Jugendliche zugenommen haben. Fakt sei auch, dass viele junge Menschen mit ihrer aufgestauten Aggression oftmals nicht umgehen könnten und deshalb versuchen würden, ihre Probleme mit Gewalt zu lösen. „Doch nicht jeder Jugendliche, der beispielsweise einmal eine Wand beschmiert und durch diese Sachbeschädigung straffällig geworden ist, ist zugleich kriminell“, relativiert Jäger.

„Amnesty International bezeichnet diese Camps als menschenverachtend oder als Gefängnis, und Experten wie der Konstanzer Kriminologe Wolfgang Heinz bestätigen, dass Kriminalität nicht durch harte Sanktionen reduziert, sondern allenfalls gefördert wird“, so Jäger weiter.

Gegen Jugendkriminalität setzt die SPÖ deshalb schon seit geraumer Zeit auf eine Gesellschaftspolitik, die Jugendlichen die soziale Teilhabe ermöglicht

und Zukunftsperspektiven eröffnet. „Entscheidend ist, die Probleme der Jugendlichen ernst zu nehmen und die jungen Menschen nicht in Erziehungslager abzuschieben. Wichtig ist es außerdem den Jugendlichen zuzuhören - die Ursachen der Zunahme von jugendlichen Gewaltdelikten zu analysieren, zu hinterfragen und schließlich auf die Ursachen zu reagieren.“ so Jäger abschließend.

Bregenz, 05.08.2009
SPÖ-Express

LAbg. Mirjam Jäger
SPÖ-Jugendsprecherin

Mittelalterpädagogik à la BZÖ

SPÖ-Einwallner:

„Zwangserziehungscamps lösen keinerlei Problematik bei jugendlichen Straftätern“



BR Ing. Reinhold Einwallner

„Dass sich das BZÖ natürlich mit irgendeinem Thema, sei es auch noch so skurril, in den Vordergrund des Landtagswahlkampfes spielen muss, liegt auf der Hand. Der Spitzenkandidat des BZÖ hat nun aber wirklich den sinnlosesten Vorschlag unterbreitet. Denn Zwangserziehungscamps lösen das Problem jugendlicher Straftäter in keinsten Weise“, reagiert der SPÖ-Bundesrat und Kandidat für die Landtagswahl Ing. Reinhold Einwallner auf den nicht weiter verfolgungswerten Vorschlag des Vorarlberger BZÖ-Spitzenkandidaten.

Einwallner hält fest, dass man mit Zwang, also auch mit Zwangserziehungscamps, rein gar nichts erreiche. Die Bereitschaft zur Einsicht des Unrechtes sei nur dann gegeben, wenn sich der Straftäter auch damit befasse und nicht einfach nur in Camps gesteckt werde. Denn Druck erzeuge Gegendruck, so Einwallner.

Maurer müsse sich im Klaren sein, dass Erziehung und damit allfällig verbundenes Fehlverhalten ein Prozess über viele Jahre sei, den man nicht durch einen Aufenthalt in einem Zwangserziehungscamp rückgängig machen könne. Dazu Einwallner abschließend: „Wenn man einen Drogensüchtigen zwangstherapieren will, ist er so lange drogenfrei, wie er in Therapie ist. Ab dem Augenblick der Ent-

lassung, wird er wieder zu Drogen greifen. Bei Zwangserziehungscamps ist das nichts anderes.“

Bregenz, 3. August 2009 BR Ing. Reinhold Einwallner
SPÖ-Express

SP Schweiz



371 LehrabgängerInnen stehen auf der Strasse. Die Regierung hat zugeschaut!

Dringliche Einfache Anfrage der SP Fraktion

Die Arbeitslosigkeit im Kanton St.Gallen steigt ungeboren. Junge ArbeitnehmerInnen zwischen 15 und 24 Jahren sind besonders stark betroffen. Mehr als 2'600 junge Menschen sind Ende Juli als arbeitslos gemeldet. Das sind doppelt so viele, wie im Sommer vor einem Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen bei den Jungen ist im Juli sprunghaft angestiegen, da zusätzlich etliche LehrabgängerInnen auf der Strasse stehen. 371 haben keine Stelle gefunden! Das ist ein Skandal.

Das Volkswirtschaftsdepartement hat erst Juni noch auf die Schnelle ein Konzept vorgestellt, wie möglichst viele LehrabgängerInnen eine Anschlusslösung finden sollen. Unter dem Slogan „Anschlussbeschäftigung statt Arbeitslosigkeit“ wurde die Möglichkeit geschaffen ein Berufspraktikum auch im Lehrbetrieb zu absolvieren. Wie sich nun zeigt, hat diese Massnahme zu spät oder gar nicht gegriffen. Die SP Fraktion fordert unverzüglich Massnahmen, damit die LehrabgängerInnen, die jetzt auf der Strasse stehen, den Anschluss in die Arbeitswelt nicht verlieren.

Wir bitten die Regierung um eine schnelle Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt die Regierung die Meinung der SP Fraktion, dass das Ausmass der Krise unterschätzt und die Massnahmen zur Jugendarbeitslosigkeit zu spät ergriffen wurden?
2. Warum hat das Volkswirtschaftsdepartement nicht früher auf die sich abzeichnende Zunahme der Arbeitslosenzahlen gerade bei Jugendlichen reagiert?
3. Welche Sofortmassnahmen leitet die Regierung ein, um möglichst vielen LehrabgängerInnen doch noch eine Anschlusslösung zu ermöglichen?
4. Was unternimmt die Regierung, dass im nächsten Sommer nicht noch mehr LehrabgängerInnen auf der Strasse stehen?

10. August 2009,

SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen

Pressekonferenz vom 18. August 2009

Schluss mit den Steuervorteilen für ausländische Millionärinnen und Millionäre

Jetzt ist Schluss mit dieser Ungerechtigkeit!

Der Ärger in der Bevölkerung über die steuerliche Sonderbehandlung von superreichen Ausländerinnen und Ausländer ist gross. Eigentlich sind sich viele Leute einig: Diese intransparente Pauschalbesteuerung für superreiche Ausländerinnen und Ausländer ist höchst ungerecht. Sie muss weg. Deshalb lanciert die SP heute zusammen mit den Grünen, der EVP, der PdA, dem kantonalen Gewerkschaftsbund, der Comedia, der Gewerkschaft Kommunikation, dem SEV, dem vpod und der Unia eine kantonale Volksinitiative, um diese ungerechten Steuergesetze abzuschaffen.

Image des Finanzplatzes Schweiz ramponiert

Die Schweiz steht unter Dauerbeschuss wegen aktiver Beratung zum Steuerbetrug durch UBS-Mitarbeiter in den USA, dem höchst unglücklichen und schwächlichen Taktieren bei der Anpassung des Bankgeheimnisses durch Bundesrat Merz, dem faktischen Zusammenbruch der grössten Schweizer Bank, der UBS. Das Image der Schweiz als sauberer Finanzplatz ist arg ramponiert. Es ist dringend notwendig, dass dieses System saniert wird. Ein Schritt dazu ist mehr Transparenz bei der Besteuerung von Superreichen Ausländerinnen und Ausländer zu schaffen.

Steuern zahlen nach der Leistungsfähigkeit

Im Finanzleitbild hält die st. Galler Regierung fest: Die Steuerlast wird gerecht auf die Steuerpflichtigen verteilt. Jährlich wird den Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz auf Einkommen und Vermögen der Steuerbetrag berechnet, der dem Fiskus abzuliefern ist. Wer ein hohes Einkommen erzielt und ein grosses Vermögen hat, fährt in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Staaten bei der Besteuerung ohnehin besonders gut. Ein Vorteil im Steuerwettbewerb besteht damit bereits, eine Ungerechtigkeit gegenüber den Leuten mit kleinen Einkommen und Vermögen jedoch ebenfalls. Aber zusätzlich zu diesem milden Steuerklima für Reiche kennt die Schweiz ein weiteres Instrument, um Reiche aus allen Ländern anzulocken: Die Pauschalbesteuerung für Superreiche, die in der Schweiz kein Erwerbseinkommen erzielen.

Pauschalbesteuerung: Privileg der Privilegierten

Diese Gruppe von Privilegierten wird weiter privilegiert. Sie müssen nicht wie Sie und ich, jährlich eine Steuererklärung ausfüllen. Nein, sie machen mit der Gemeinde eine Summe aus nach Regeln, die jeder

Kanton erst noch selber festlegt. Die Faustregel heisst: mindestens das 5-fache der Miete des Mietobjekts oder des Mietwertes des Eigenheimes. Die Beträge beginnen bei rund 10'500.- Franken. Also eine bescheidene Unterkunft für die Millionäre. Das ist lächerlich und zeigt, dass das System nicht funktioniert, auch wenn die häufigsten erhobenen Beträge bei 70'000 – 75'000.- Franken liegen, was einem steuerbaren Vermögen von weniger als 20 Mio. Franken entspricht. Da kann man als Superreiche nur Danke sagen.

Gesellschaftspolitisch untragbar

Die SP verlangt, dass Steuern nach einem gerechten, transparenten System erhoben werden. Absprachen im Hinterzimmer sind staatspolitisch bedenklich. Die Verfassung schreibt klar und deutlich vor: Jeder soll Steuern bezahlen nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Es ist unverständlich, warum dies für alle gelten soll, nicht aber für superreiche Ausländerinnen und Ausländer. Auch gesellschaftspolitisch ist es untragbar, dass einer privilegierten Gruppe das Recht zugestanden wird, sich ihren Steuerbetrag selbst auszusuchen.

Auf Bundesebene wollen die Parlamente nicht handeln

Unverständlich ist, dass auf Bundesebene die Mehrheit der bürgerlichen ParlamentarierInnen nicht handeln will. Nicht einmal die SVP, die sich immer so volksnah gibt, will diese Ungerechtigkeit aus der Schweiz schaffen. Im Kanton St. Gallen hat immerhin eine Mehrheit im Parlament gegen den Antrag der Regierung eine Standesinitiative gutgeheissen, die vom Bund verlangt, dass die Pauschalbesteuerung abgeschafft werden muss. Lag es an der Vorwahlzeit, dass die CVP die Standesinitiative damals zwar lanciert hat, sich nun aber bequem zurücklehnt und nichts mehr unternehmen will, obwohl auf Bundesebene gar nichts läuft?

Volksinitiative gegen Ungerechtigkeit

Die SP und die unterstützenden Parteien und Organisationen lösen das Problem nun von unten her. Die Bevölkerung des Kantons St. Gallen kann mit der Unterzeichnung dieser Initiative klar machen, dass es diese Ungerechtigkeit aus der Welt schaffen will. Die Ängste um den Verlust von Steuervorteilen sind unbegründet: Im Kanton St. Gallen profitierten im Jahr 2008 78 Personen von der bequemen Pauschalbesteuerung. Sie leisteten Steuerbeträge für Kanton und Gemeinden von 5.6 Mio. Franken. Das sind nur gerade 0.25% der gesamten Steuereinnahmen des Kantons und der Gemeinden (2.2 Milliarden Franken). Sollten nun einige Privilegierte aus dem Kanton wegziehen, werden diese Steuerausfälle durch die effektiv richtige Besteuerung der verbleibenden locker ausgeglichen werden. Zudem werden die leeren Wohnungen und Häuser von neuen Personen be-

wohnt werden, die ebenfalls ihre Steuern nach den gleichen Regeln wie alle anderen bezahlen werden.

Die Bevölkerung des Kantons Zürich hat die Pauschalbesteuerung bereits im Februar 2009 abgeschafft. An die Goldküste kann also keiner mehr fliehen. Es ist klar: Wenn der Bund nichts tut, dann muss die Bewegung aus der Bevölkerung kommen.

Ich bin überzeugt, mit dieser Volksinitiative kann ein Beitrag zu mehr Gleichbehandlung und Transparenz im heutigen Steuersystem geleistet werden.

Unterschriften können ab sofort gesammelt werden. Bis zu den Herbstferien wollen wir den Grossteil der notwendigen 6000 Unterschriften gesammelt haben. Unterschriftenbogen können beim Komitee zur Abschaffung der Pauschalsteuer, Postfach 1818, 9001 St. Gallen bestellt werden oder im Internet unter www.sp-sg.ch herunter geladen werden.

Claudia Friedl, Kantonalpräsidentin SP

Fragwürdiger SVA Direktor

Einfache Anfrage der SP Fraktion

Die „Sonntagszeitung“ vom 16. August 2009 deckt auf, dass Linus Dermont der Direktor der Sozialversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen (SVA SG) Vetterwirtschaft betreibt. Seine Lebenspartnerin wurde in die Geschäftsleitung der SVA berufen, ihr Bruder arbeitet in der Medienstelle und eine weitere Verwandte absolviert ein Praktikum bei der SVA.

Die SP St.Gallen ist erstaunt über diese Art von Personal- und Beförderungspolitik. Es mag sein, dass die einzelnen Personen qualifizierte Arbeit leisten. Doch es bleibt der Verdacht im Raum stehen, dass Linus Dermont diese drei Personen aus seinem persönlichen Umfeld nicht aufgrund ihrer fachlichen Fähigkeiten, sondern der verwandtschaftlichen Nähe wegen angestellt hat. Insbesondere die Berufung seiner Lebenspartnerin in die Geschäftsleitung ist sehr problematisch.

Aus dem besagten Artikel der „Sonntagszeitung“ wird ersichtlich, dass nicht alle Mitglieder der Verwaltungskommission hinter dem Entscheid standen, Dermonts Lebenspartnerin in die Geschäftsleitung zu berufen. Die SP hat in der Vergangenheit verschiedentlich die einseitige Zusammensetzung der Verwaltungskommission kritisiert und die Einsitznahme einer Vertretung der Arbeitnehmenden gefordert.

Wir ersuchen die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie steht die Regierung zur Personalpolitik des Direktors der SVA?

2. Wie kam der Entscheid, Dermonts Lebenspartnerin zu befördern, in der Verwaltungskommission zu Stande? Wer hat wie gestimmt?

3. Welche Konsequenzen zieht die Regierung?

- Ist Linus Dermont als Direktor der SVA noch haltbar?

- Ist die Regierung endlich bereit personelle Korrekturen in der Verwaltungskommission zu vollziehen und diese breiter und gesetzeskonform zusammenzusetzen?

19. August 2009 SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen

SPD Kreis Biberach

MdB

Martin Gerster

MdB Gerster:

Auch Jugendliche unter 18 können ihre Stimme abgeben

BIBERACH - Im Biberacher Kreisjugendreferat, Rollinstraße 18, können Wählerinnen und Wähler unter 18 Jahren schon gut eine Woche vor der Bundestagswahl ihre Stimme abgeben. Sie nehmen Teil an U18, der Bundestagswahl für Kinder und Jugendliche. „U18 ist eine der größten politischen Bildungsinitiativen für junge Menschen“ teilte der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster mit.

Mehr als 1.000 Wahllokale öffnen bundesweit und sollen Jugendliche dazu motivieren, sich mit Politik zu beschäftigen. Politikersprechstunde im „mobilen Wohnzimmer“, Schülerwahlkampf, Radioworkshop – das sind Beispiele aus ganz Deutschland für Aktionen unter dem Dach von U18. Am 18. September, neun Tage vor der Bundestagswahl, werden als Höhepunkt und Abschluss der parteipolitisch unabhängigen Kampagne alle Jungen und Mädchen unter 18 Jahren wählen können, sofern ein Wahllokal in der Nähe ist. „Ich wünsche mir, dass in meinem Wahlkreis außer dem Kreisjugendreferat in Biberach weitere U18-Wahllokale öffnen“, sagte Martin Gerster und versprach hierbei Unterstützung. „Wichtig ist, dass sich Kinder und Jugendliche mit der Demokratie und den Wahlen auseinandersetzen.“

Wie ein Wahllokal angemeldet wird und was dazu notwendig ist, steht auf der Internetseite www.u18.org.

Dort ist auch zu sehen, wo bereits Wahllokale eröffnet wurden. „Es ist sicher eine spannende Erfahrung, die Grundlagen unserer Demokratie auf diese Weise zu erfahren“, so Gerster. Interessierte können sich auch an sein Büro in der Biberacher Poststraße 7 wenden.

Über U18 setzen sich schon vor dem Wahltermin junge Menschen in der gesamten Bundesrepublik auf unterschiedlichste Weise aktiv mit Politik auseinander. In Deutschland gibt es bisher rund 650 U18-Wahllokale in Schulen, Jugendeinrichtungen und an Orten, an denen sich Kinder und Jugendliche engagieren. Das „Mobile Wohnzimmer“ in Berlin ist zum Beispiel ein Pilotprojekt der aufsuchenden Jugendarbeit, das durch den Südwesten der Hauptstadt rollt und eine mobile Politikersprechstunde anbietet. In Hamburg veranstaltet das Kinder- & Jugendradio Funkstark einen Radioworkshop. Ziel ist, eine Radiosendung zum Thema Bundestagswahl zu produzieren. Im sächsischen E-Werk Oschatz, einem Jugend-, Kultur- und Umweltzentrum, haben Jugendliche einen U18-Wahlwerbespot gedreht. „Ähnliche Projekte sollten auch bei uns möglich sein“, hofft Martin Gerster.

Zum Netzwerk U18 gehören neben dem Deutschen Bundesjugendring das Deutsche Kinderhilfswerk, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V., die Deutsche Jugendfeuerwehr, Pfadfinderverbände und Landesjugendringe.

Biberach, 06.08.2009 **Wolfgang Heinzel, Büroleiter
Bürgerbüro Biberach**

Martin Gerster MdB und Claus Schmiedel MdL zu Gast beim Altstadtfest

Wie in den vergangenen Jahren veranstaltet der SPD Ortsverein Riedlingen auch in diesem Jahr sein traditionelles Altstadtfest mit prominenten Politikern der SPD.

Der SPD Ortsverein Riedlingen veranstaltet am 12.09.2008 ab 15.00 Uhr auf dem Wochenmarkt in Riedlingen in und rund um das alte Feuerwehrgerätehaus sein traditionelles Altstadtfest.

Als prominente Gäste kann der SPD Ortsverein in diesem Jahr Claus Schmiedel, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag und den Bundestagsabgeordneten Martin Gerster aus Biberach begrüßen.

Für alle Interessierten eine gute Möglichkeit mit den beiden Politikern in ein zwangloses Gespräch zu kommen.

Musikalisch wird das Ganze abgerundet durch die Gruppe Lipstick aus Laupheim, die ab ca. 16.00 Uhr spielt.

Für das leibliche Wohl wird mit Kaffee, Kuchen, Getränken sowie Leberkäswecken bestens gesorgt

"Eingeladen sind alle, die einen gemütlichen Nachmittag in der Riedlinger Altstadt am neu gestalteten

Wochenmarkt verbringen möchten", so SPD Ortsvereinsvorsitzende Elke Märkle.

Mit freundlichen Grüßen

**Elke Märkle
Ortsvereinsvorsitzende SPD Riedlingen**

Bundeszentrale für politische Bildung

Kuratoriumsmitglied Martin Gerster MdB übergibt Bücher an Stadtbücherei

BIBERACH (zel) - Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) stellt der Stadtbücherei Biberach einen Klassensatz Bücher zur Verfügung. Ihr Kuratoriumsmitglied Martin Gerster, SPD-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Biberach, wird jetzt dem Medien- und Informationszentrum am Biberacher Viehmarktplatz 30 Exemplare der „Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland“ in einer so genannten „Klassenkiste“ übergeben. „Es ist wichtig, dass sich auf diesem Weg interessierte Schüler nun ab dem kommenden Schuljahr qualifiziert über einen wesentlichen Bereich unseres Gemeinwesens aus einem Standardwerk informieren können“, stellte BpB-Kuratoriumsmitglied Gerster fest. „Die Autoren stellen die wichtigsten Sozialleistungen und die zentralen Institutionen unserer Sozialordnung vor und geben damit einen Überblick über das sozialstaatliche System.“ Bibliotheksleiter Frank Raumel und Mediotheksleiterin Gabriele Jennen werden die Bücherkiste von Gerster am Mittwoch, 2. September, um 10 Uhr in der Mediothek der Biberacher Stadtbücherei überreicht bekommen.

Biberach, den 19. August 2009

Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Parlamentarisches Patenschaftsprogramm MdB Martin Gerster wirbt für USA-Stipendium

BERLIN/BIBERACH - Für das große USA-Stipendium des Deutschen Bundestags gibt es aus dem Wahlkreis Biberach noch immer zu wenige Interessenten, meldet der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster. „Es wäre schade, wenn aus unserer Region im nächsten Jahr niemand mit einem Stipendium ausgestattet für ein Jahr nach Amerika fliegen würde.“

Mit Benjamin Müller aus Schemmerhofen und Jessica Berg aus Wangen konnte Gerster in den vergangenen drei Jahren zwei Jugendlichen aus dem Wahlkreis aus dem parlamentarischen Patenschaftsprogramm ein Jahresstipendium in die USA verschaffen. Die Bewerbungsfrist für den nächsten USA-Aufenthalt von Mitte 2010 bis Mitte 2011 läuft am 4. Sep-

tember aus. An diesem Tag müssen die Unterlagen komplett bei Experiment e. V. in Bonn eingegangen sein.

Das Stipendium des Bundestags in Zusammenarbeit mit dem US-Kongress beinhaltet für Schüler zwischen 15 und 17 und junge Berufstätige zwischen 16 und 24 den Aufenthalt in Gastfamilien, Schulbesuche und Betriebspraktika. Bundestagsabgeordnete nominieren die Stipendiaten und betreuen sie während des Stipendiums als Paten - daher der Name des Programms. Weitere Informationen gibt es über das Bürgerbüro Martin Gerster MdB, Poststraße 7, 88400 Biberach, Telefon 07351/3003000, E-Mail martin.gerster@wk.bundestag.de oder im Internet unter www.bundestag.de/ppp.

Biberach, den 19. August 2009

Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Martin Gerster MdB begrüßt Stiftungskonzept gegen Rechtsextremismus:

SPD plant Aufstockung der Mittel im Kampf gegen die extreme Rechte

Berlin (age) – „Das ist ein wichtiges Signal zur richtigen Zeit“, erklärt der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster (SPD) zu den Plänen seiner Partei, die Mittel für den Kampf gegen den Rechtsextremismus aufstocken und zu verstetigen: „Es kann nicht angehen, dass die in Projekten gegen Rassismus und Gewalt aktiven Menschen Jahr für Jahre auf die Neue bangen müssen, ob sie ihre wertvolle Arbeit fortsetzen könnten“.

Der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), und der Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, hatten am Montag in Berlin die Gründung einer Bundesstiftung angekündigt, um die Arbeit der auf diesem Gebiet aktiven Initiativen dauerhaft abzusichern.

Tiefensee will aus seinem Etat insgesamt sechs Millionen Euro für die Stiftung bereitstellen. Neben den 24 Millionen Euro aus Bundesmitteln für Projekte gegen Extremismus stünden damit insgesamt 30 Millionen zur Verfügung.

Mit den zusätzlichen Geldern soll auch den Opfern rechter Gewalt besser geholfen werden. „Seit 1996 sind in Deutschland mindestens 136 Menschen als Folge von Angriffen aus der rechten Szene ums Leben gekommen“, so Gerster, der stellvertretende Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Rechtsextremismus im Deutschen Bundestag ist. Auch das im vergangenen Jahr erreichte Rekordhoch im Bereich rechtsex-

tremer Straftaten zeige, dass es keinen Grund zur Entwarnung gäbe.

Berlin, den 24. August 2009

Alexander Geisler

„Die Banken in und nach der Krise“

Finanzstaatssekretärin Nicolette Kressl diskutiert Hintergründe

BIBERACH (zel) - Nicolette Kressl, parlamentarische Staatssekretärin bei Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, kommt nach Biberach. Am Donnerstag, 3. September, wird der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster seine Fraktionskollegin aus dem Wahlkreis Rastatt um 18 Uhr in der Gaststätte der Turngemeinde Biberach, Adenauerallee 11, begrüßen. Zusammen mit dem finanzpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Nils Schmid, wird Nicolette Kressl dann zu den „Banken in und nach der Krise“ Stellung nehmen und danach mit den Anwesenden diskutieren. „Ein Richtungswechsel hin zu schärferen und wirksameren Regeln in der Finanzbranche ist dringend nötig“, forderte Martin Gerster. „Alle Interessierten können darüber mit uns am 3. September sprechen.“ Der Eintritt zu der Veranstaltung ist frei.

Biberach, den 25. August 2009

Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Infostände zur Bundestagswahl in Biberach und Bad Schussenried

Bundestagsabgeordneter Martin Gerster kommt auf die Marktplätze

BIBERACH/BAD SCHUSSENRIED - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster wird am kommenden Samstag, 29. August, zu den Marktständen der SPD-Ortsvereine kommen. Zwischen 10.30 und 12 Uhr wird er in Biberach interessierten Bürgern Rede und Antwort stehen und rote Rosen verteilen. Zuvor sucht Gerster am Samstag zwischen 8 und 10 Uhr das Gespräch mit den Besuchern des Bad Schussenrieder Markts - ebenfalls mit Rosen.

Biberach, den 25. August 2009

Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD-Infostand in Uttenweiler Bundestagsabgeordneter Gerster kommt auf den Krämermarkt

UTTENWEILER - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster wird am kommenden Dienstag, 1. September, zum SPD-Infostand auf den

Krämermarkt vor dem Feuerwehrhaus kommen. Zwischen 8 und 10.30 Uhr wird er dort interessierten Uttenweiler Bürgern Rede und Antwort stehen. Außerdem will Gerster auf dem Markt rote Rosen verteilen: „Ich will so auch Menschen treffen, für die der Weg in mein Bürgerbüro gegenüber dem Biberacher Bahnhof zu aufwändig ist.“

Biberach, den 25. August 2009

Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Rückmeldung:

Liebe Genossen und Genossinnen,

frisch im neu gewählten Europäischen Parlament zwischen den vielen unnötigen und langweiligen Mails entdeckte ich wieder mal mit viel Vergnügen den neuesten Roten Seehas. Vielen Dank für Eure tolle Arbeit und die vielfältigen Informationen, die ihr uns allen zur Verfügung stellt.

Liebe Grüße

Eure

Evelyne Gebhardt

Brüssel, 25. August 2009

SPD Kreisverband Ravensburg

SPD-Bundestagskandidatin Anne Jenter beim Ravensburger Frauenbündnis

Bei einem Treffen am Dienstag in der Geschäftsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Ravensburg mit den Vertreterinnen des Ravensburger Frauenbündnisses informierte sich die Bundestagskandidatin der SPD Anne Jenter. An dem Gespräch beteiligten sich Hermine Burger, Gemeindeferentin in der Seelsorgeeinheit RV-Mitte, Roswitha Elben-Zwirner vom Verein Frauen und Kinder in Not e.V., Antje Trosien Gewerkschaftssekretärin beim DGB Region Bodensee-Oberschwaben und Anita Vooren von ver.di sowie Irene Schmutz-Bohnes, Leiterin der Kontaktstelle Frau und Beruf in Ravensburg.

Ein zentraler Ausgangspunkt des Gedankenaustausches war die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen. Besonders bemängelt wurde die Ausweitung der 400 € Jobs und die befristete Beschäftigung bei Frauen. Oft seien die Frauen auch nicht ausreichend über ihre Rechte informiert. Es müsse verstärkt Aufklärungsarbeit geleistet werden, dass auch bei den 400 € Jobs der Lohn weiterbezahlt werden müsse,

wenn die betroffene Frau krank wird. Oder es sei oft nicht bekannt, dass 400 € Jobberinnen einen Anspruch auf den gesetzlichen Mindesturlaub von vier Wochen mit Lohnfortzahlung haben und dass dies auch für Haushaltshilfen und Pflegekräfte gelte, die von Privathaushalten beschäftigt werden. Anne Jenter wies darauf hin, dass sie sich bei geringfügiger Beschäftigung für die gesetzliche Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 15 Stunden einsetzen wolle, denn sonst seien unentgeltlichen Überstunden Tür und Tor geöffnet.



Die Anwesenden waren sich insgesamt einig, dass die Mitversicherung der Ehegattin in der Gesetzlichen Krankenversicherung und das Ehegattensplitting falsche Anreize für die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen bedeuten. Hier sei ein Politikmix von Arbeitsmarktpolitik, einer Reform des Steuersystems und besseren Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf notwendig, um die Beschäftigung von Frauen zu fördern, so das Credo von Jenter.

Positiv herausgestellt wurde der alljährliche Girls' Day, um das Berufswahlspektrum der Mädchen zu erweitern. Dies sei eine gute und dringend erforderliche Ergänzung zum Berufswahlunterricht und zur Berufsberatung. Damit Frauen auch von ihrer Erwerbsarbeit leben können, müsse schon in den Schulen, z.B. in Projektgruppenarbeit, die Lebensplanung thematisiert werden. Hier gebe es in den Ravensburger Schulen schon gute Ansätze, die aber durchaus noch ausgebaut werden könnten. Nicht nur, aber auch im Rahmen der Berufswahlorientierung sollte die Schulsozialarbeit verstärkt werden und eine wichtige Rolle übernehmen, war die einhellige Meinung.

11.08.09

**Anne Jenter, Bundestagskandidatin
der SPD im Kreis Ravensburg**

Franz Müntefering in Ravensburg

Neun Tage vor der Bundestagswahl, am Freitag 18. September kommt der SPD Parteivorsitzende Franz Müntefering zur Kundgebung nach Ravensburg. Neben großen Erwartungen an den Redner herrscht beim SPD Kreisverband aber auch viel Freude über den Prominenten Gast in der Türme-Stadt. Die Pla-

nungen zur Veranstaltung auf dem Marienplatz laufen derweil auf Hochtouren. Dabei arbeitet das Team um SPD Kandidatin Anne Jenter eng mit der Stadtverwaltung und den Sicherheitsexperten der Polizei zusammen.

Eine Ortsbegehung des Organisationsteams hat bereits vergangene Woche stattgefunden. Dabei waren die Gäste vom Parteivorstand in Berlin beeindruckt von der historischen Kulisse rund um den Marienplatz.

Die SPD-Bundestagskandidatin Anne Jenter freue sich sehr über die Zusage des Parteivorsitzenden Müntefering, nach Ravensburg auf den Marienplatz zu kommen. Die SPD zeige Flagge im Bundestagswahlkampf im Süden des Ländle.

"Mit Franz Müntefering an der Seite und den vielen SPD-Kräften vor Ort kämpfe ich um jede Stimme in Oberschwaben und im Westallgäu", sagte Anne Jenter.

Ulrich Möhrle, Regionalgeschäftsführer für Ulm-Oberschwaben-Bodensee
SPD Regionalzentrum - Poststr. 7 - 88400 Biberach
[mailto: ulrich.moehrle@spd.de](mailto:ulrich.moehrle@spd.de)

"Demokratie gestattet keine Denkfaulheit"

Herta Däubler-Gmelin eröffnet auf Einladung von Hilde Mattheis und Karl-Heinz Brunner den Straßen-Wahlkampf

Unter dem Titel "60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Wiedervereinigung und warum es sich gerade jetzt lohnt für die Sozialdemokratie zu kämpfen" stimmte Herta Däubler-Gmelin die SPD im Ulmer Haus der Donau auf den Straßen-Wahlkampf ein.

Dabei ging sie zurück bis zur Weimarer Verfassung, die Frauen erstmals das Wahlrecht gab. Damit wurde eine Forderung der SPD erfüllt, die immer eine Gesellschaft wollte, zu der alle gehören. Um nichts anderes, so Däubler-Gmelin, ginge es auch heute. Denn die Krise dürfe nicht zu einer noch tieferen Spaltung der Gesellschaft führen.

Wenn man sich überlege, wer für die Schulden, die zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgenommen wurden, bezahlen soll, müsse man auch auf die Vermögensverteilung in Deutschland schauen, so Däubler-Gmelin. Die Antwort könne dann nicht lauten, die zu entlasten, die viel Vermögen haben. Denn dies würde entweder bedeuten, alle Last den Arbeitnehmern und dem Mittelstand aufzubürden oder die Staatsausgaben zu reduzieren. Dringend benötigte Investitionen in Bildung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge seien dann nicht mehr möglich. Durch eine entsprechende Steuerpolitik

müsse stattdessen dafür gesorgt werden, dass auch "breite Schulter" entsprechend ihrer Stärke tragen. "Hier müsse man das Grundgesetz ernst nehmen, in dem steht: Eigentum verpflichtet."



Nachdrücklich beklagte Däubler-Gmelin weiter, dass "nicht-Wählen" immer mehr in Mode käme. Viele Menschen hätten aufgegeben, zu überlegen, welche Interessen sie in der Gesellschaft haben. "Demokratie gestattet keine Denkfaulheit", so Däubler-Gmelin. Es gäbe viele Möglichkeiten sich in der Gesellschaft zu engagieren. Wer nicht wählen geht, unterstützt schwarz-gelb.

Was ein Wahlsieg von Union und FDP bedeuten könnte, schildert Hilde Mattheis an einigen Beispielen. Der Kündigungsschutz würde abgeschafft werden, der Arbeitsmarkt weiter "flexibilisiert" und Arbeitnehmerrechte beschnitten. Eine mit Kopfpauschalen finanzierte Krankenversicherung, könnten von Familien kaum bezahlt werden. Alle Errungenschaften für die die SPD gekämpft hat, stünden auf dem Spiel.

Zum Abschluss der Veranstaltung rief Mattheis die Versammlung auf, zum Infostand der SPD in die Fußgängerzone zu gehen: "Nicht jeder weiß, wo das Donaubüro ist, aber jeder soll wissen wofür die SPD steht."

15.08.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

Bruni Irber, Vorsitzende der Parlamentariergruppe "Frei Fließende Flüsse" zu Besuch in Ulm:

Die Donau - Naturraum und Straße Europas

Ein umweltpolitischer Spaziergang an der Donau sowie ein Besuch im Donauschwäbischen Zentralmuseum (DZM) standen auf dem Besuchsplan der Bundestagsabgeordneten Bruni Irber (SPD) in Ulm am Mittwoch, den 19. August 2009. Irber ist Gründungsmitglied und Vorsitzende der Parlamentariergruppe „Frei Fließende Flüsse“ im Deutschen Bundestag. Ziel der Gruppe ist der Erhalt der wenigen

noch bestehenden naturnahen Flüsse und Flussabschnitte in Deutschland. Außerdem beschäftigt sich die Gruppe mit dem Aspekt der Völkerverständigung durch Flüsse. Deshalb folgte Irber gerne der Einladung von Hilde Mattheis, sich in Ulm vor Ort über die verschiedenen Projekte rund um die Donau zu informieren.

Rainer Frohnmüller vom BUND erläuterte bei seiner Führung den Donaulehrpfad, ging auf die verschiedenen Renaturierungsmaßnahmen an der Donau ein und thematisierte die verschiedenen Überlegungen, Bürgerinnen und Bürger den Zugang zum Wasser zu ermöglichen. Beim Besuch im Donauschwäbischen Zentralmuseum hob Martin Rill, wissenschaftlicher Mitarbeiter des DZM, die zahlreiche Kooperationen, die das Museum angestoßen hat, hervor. So werden zum Beispiel regelmäßig Schüleraustausche und Jugendcamps organisiert. Dadurch bekommen deutsche, rumänische, ungarische, serbische und kroatische Jugendliche Kontakt zueinander und Vorurteile werden abgebaut.

Bruni Irber, zeigte sich beeindruckt, und versprach, bald wieder nach Ulm mit etwas mehr Zeit zurückzukommen. **Bruni Irber**, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretende Vorsitzende des Tourismusausschusses und Mitglied im Ausschuss für Auswärtiges. Ihre Schwerpunktthemen sind die Donau, Tourismus und Afrika.

19.08.2009 Büro Hilde Mattheis, MdB

Termine:

05.09.2009

Hubertus Heil
Generalsekretär der SPD, MdB

in Überlingen

09:30 – 12:00

Politischer Frühschoppen

im Kursaal und auf der Hofstatt

musikalische Umrahmung:

Junge Harmonie Lippertsreute

10.09.2009

8. Prix Wasserfrau 2009

Preisverleihung:

**Donnerstag, 10. September 2009,
18.00 Uhr, Hotel Mercure,**

**Platz der Wiener Symphoniker 2
A-Bregenz**

17. August 2009 - 19:30 - 21:00

[Kreisvorstandssitzung - parteiöffentlich](#)

20.09.2009

**Landtagswahl
in Vorarlberg**

27.09.2009

Bundestagswahl

**Aktuelle Termine von
Jochen Jehle**

[Bundestagskandidat](#)

Jochen Jehle

Sie treffen ihn hier: www.jochen-jehle.de

- [Podium 'I mein halt'](#)

Datum: Mittwoch, 26. August 2009 - 20:00 - 22:00
Kreisrat Ernst Arnegger lädt die Bundestagskandidaten ein.

Ort: Markdorf, Zunfthaus Obertor

- [Infostand auf dem Markt](#)

Datum: Donnerstag, 27. August 2009 - 10:00 - 13:00

Ort: Überlingen

- [Peer Steinbrück in Singen](#)

Datum: Donnerstag, 27. August 2009 - 19:30

Ort: Festzelt der Sichelhenke in Singen-Bohlingen

- [Podium der Stiftung Liebenau zur Sozialpolitik](#)

Datum: Donnerstag, 3. September 2009 - 16:30 - 18:30

Ort: Schloss Liebenau

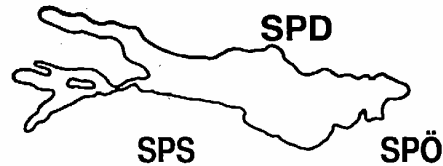
- [Eröffnung der Jüdischen Kulturtage](#)

Datum: Donnerstag, 3. September 2009 - 19:00 - 21:30

Ort: Volksbank Galerie, Überlingen
Montag, 17. August 2009 - 19:30 - 21:00

- [Podium der Häfler Gastronomie und Kultur e. V.](#)

Sonntag, 23. August 2009 - 11:30 - 13:00
Uferpark Friedrichshafen



Bludenz, 13. August 2009

Einladung
zur
Preisverleihung des 8. Prix Wasserfrau 2009

am Donnerstag, 10. September 2009 um 18.00 Uhr
in A-Bregenz, Hotel Mercure, Platz der Wiener Symphoniker 2

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe SBI-Mitglieder,

als Präsidentin der SBI möchte ich herzlich zur Verleihung des diesjährigen „Prix Wasserfrau“ an das Kirchenfrauen-Kabarett Vorarlberg einladen. Das Kirchenfrauen-Kabarett besteht aus sechs Frauen, die in scharfer und witziger Form ihren Protest gegen Aussagen hoher Kirchenmänner ausdrücken. Sie wollen die Menschen mit ihrem Kabarett für Fragen im Umgang mit Frauen in der Kirche sensibilisieren und zum Nachdenken anregen - und zum Lachen. 1993 entstand das erste Programm - in der Zwischenzeit gibt es bereits sechs davon. Alle Frauen waren oder sind beruflich oder ehrenamtlich im kirchlichen Bereich tätig.

Ablauf der Preisverleihung:

Begrüßung: Präsidentin Olga Pircher

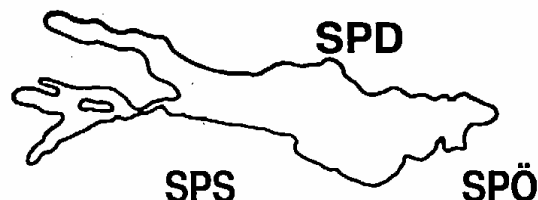
Laudatio: Elisabeth Stöckler, ehem. Initiatorin und Leiterin des Frauenmuseums in Hittisau, Preisträgerin 2005

Anschließend wird das Kirchenfrauen-Kabarett einen Auszug aus dem Programm präsentieren.

Mit freundlichem Gruß

Olga Pircher e.h.
Präsidentin der SBI

Peter Gubser
Präsident der SP Thurgau
Tel. 0041 (0)71 446 75 43
Sonnenhügelstrasse 71
CH-9320 Arbon



Arbon, September 2009

Einladung zur Herbsttagung der SBI

„Die regionale Zusammenarbeit überwindet Grenzen“

Samstag, 31. Oktober 2009

Beginn: 10.30 Uhr

Tagungsort: Romanshorn/Schweiz

Museum im alten Zollhaus

(vis-à-vis Fährhafen)

Regierungsrat Dr. Claudius Graf-Schelling (SP), Präsident der Thurgauer Regierung und Vorsitzender der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK), stellt die Arbeit der IBK vor. Sie ist die Plattform der Regierungen und Verwaltungen von Ländern und Kantonen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit rund um den Bodensee. Mit Schlüsselprojekten setzt sich die IBK dafür ein, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu fördern und zu erhalten. Eine ihrer Stärken liegt in den vergleichsweise informellen Strukturen.

Im Anschluss an das Referat diskutieren wir in Gruppen Anliegen der SBI an die regionale Zusammenarbeit.

**Kantonsrat Peter Gubser, V. i. S. d. P.
Präsident SP Thurgau**

Impressum

Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis
Weinbirnenstraße 5
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg Tel.: 07532/313048
e-mail: roterseechas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren Tel.: 07542/21012
e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Nachrichten für Redakteure:	www.meinespd.net/mitglieder
Kajo Wasserhövel:	www.spd.de
Dietram Hoffmann:	dietram.claudia@t-online.de
Claudia Daseking:	www.sanktionsmoratorium.de
Evi Binder, DGB:	efi.binder@dgb.de
Jochen Jehle, SPD- Bundestagskandidat:	Jochen.Jehle@spd-online.de
Dieter Stauber:	dieter.stauber@online.de
Michel Ritsch in SPÖ-Express:	hubert.loetsch@spoe.at
Mirjam Jäger in SPÖ-Express:	hubert.loetsch@spoe.at
Reinhold Einwallner s. o.:	hubert.loetsch@spoe.at
SP Fraktion Kantonsrat SG:	kantonalpartei@sp-sg.ch
Ursula Hammer:	gudrun.igel-mann@spd.de
Büroleiter Martin Gerster, MdB:	Wolf99maci@aol.com
Elke Märkle:	elke.maerke@gmx.de
Alexander Geisler:	martin.gerster@bundestag.de
Evelyne Gebhardt:	EGebhardt.MdEP@t-online.de
Anne Jenter:	info@anne-jenter.de
Uli Möhrle:	ulrich.moehrle@spd.de
Büro Hilde Mattheis, MdB:	Hilde.Mattheis@bundestag.de
LAbg. Olga Pircher:	labg.olga.pircher@spoe.at
Peter Gubser:	petergubser.arbon@bluewin.ch

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de